



#### Antrag Nr. 4

**der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern] an die  
153. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien.**

#### **Stabilitätsprogramm**

Der Finanzminister geht im aktuellen Stabilitätsprogramm des Bundes von einem realen Wirtschaftswachstum von 1,5% heuer bis 2% im Jahr 2013 aus. Das AMS geht von einem realen Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 1,3% in den nächsten 5 Jahren aus! Der Unterschied sind zehntausende zusätzliche Arbeitslose!!!

Der Finanzminister hat offenbar vergessen, dass es sich beim Maastricht-Vertrag um einen Stabilitäts- und Wachstumspakt handelt!

Der Zinsaufwand wird vom Finanzminister mit 2,9% des BIP prognostiziert. Dies bedeutet wirtschaftlich, dass die Zinsen für die Staatsschuld durch neue Kredite bezahlt werden können, aber alle anderen Staatsausgaben durch entsprechende Einnahmen gedeckt sein müssen! Damit lässt er keinen Spielraum für eine antizyklische Budgetpolitik mehr offen!

Wenn sich das Wirtschaftswachstum so entwickelt wie vom AMS erwartet, gibt es mehr Arbeitslose als vom Finanzminister erwartet und damit weniger Einnahmen der öffentlichen Hände aber einen zusätzlichen Ausgabenbedarf durch die automatischen Stabilisatoren! Wie will er eine derartige Situation meistern? Mit Sozialabbau? Es braucht ein vernünftiges Wachstumsprogramm mit zusätzlichen vermögensbezogenen Mehreinnahmen um den erforderlichen Budgetspielraum sicherzustellen.

#### **Die Vollversammlung der AK-Wien fordert daher:**

Der Bundesregierung muss über die bestehenden Maßnahmen hinaus ein Wachstumsprogramm entwickeln und in den Nationalrat zu Beschlussfassung einbringen. Dieses Programm ist mit vermögensbezogenen Steuern zu finanzieren. Damit muss verhindert werden, dass es geringeres Wirtschaftswachstum gibt und es zu Sozialabbau kommt. Ein solides Wirtschaftswachstum ist die Voraussetzung für eine bessere Lage am Arbeitsmarkt und damit für eine Entspannung der finanziellen Lage der öffentlichen Haushalte. Das Wachstumsprogramm ist notwendig, damit die Prognose des AMS nicht Realität wird und es zu keinem Sozialabbau kommt.